

Die hier abgebildete Anzeige der nordrhein-westfälischen SPD war im Wahlkampf für die Landtagswahl am 11. Mai 1980 wahlentscheidend – zusammen mit anderen gleichlautenden Äußerungen. Nie wieder Krieg, dieses bundespolitische, ja weltpolitische Thema bestimmte den Wahlkampf in einem Bundesland! Die SPD erreichte die absolute Mehrheit, die FDP, die mit einem Koalitionswechsel von Schmidt zu Kohl geliebäugelt hatte, flog mit 4,98 Prozent aus dem Landtag. Die Politik der Entspannung und des Dialogs war gerettet. **Albrecht Müller.**

Wir wollen nie weder Krieg.

 Karin Klein Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.	 Renate Reichardt Ich möchte meinen Bruder nicht verlieren.	 Inge Brandhorst Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.	 Anja Hanke Ich möchte meinen Vater und Bruder nicht verlieren.	 Karin Blankenauffand Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Ina Freiwald Ich möchte meinen Vater nicht verlieren.	 Ursula Nordbeck Ich möchte meinen Bruder nicht verlieren.	 Birbel Krampe Ich möchte meinen Bruder nicht verlieren.	 Marlene Sagasser Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.
 Rita Heldt Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Anke Reul Ich möchte meinen Vater nicht verlieren.	 Karin Kohlenbach Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Elisabeth Bätz Ich möchte meine 3 Söhne nicht verlieren.	 Erna Meyer Ich möchte meine 4 Söhne nicht verlieren.	 Ina Hanke Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Barbara Kohlenbach Ich möchte meinen Vater nicht verlieren.	 Ilse Jäger Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Ingrid Otterbach Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.
 Ilse Senft Ich möchte meinen Bruder nicht verlieren.	 Hildegard Pasterny Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.	 Birgit Raabe Ich möchte meinen Vater nicht verlieren.	 Christine Lange Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Marita Copik Ich möchte meinen Vater nicht verlieren.	 Ina Knabe Ich möchte zwei Söhne nicht verlieren.	 Anita Wasser Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.	 Emma Moder Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Gertraud Reul Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.
 Luzie Minkus Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Ingrid Happe Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Maria Ebenrecht Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.	 Maria Fabian Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Marita Zwingmann Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Ina Heidemann Ich möchte meinen Sohn nicht verlieren.	 Inge Engedding Ich möchte meinen Bruder nicht verlieren.	 Renate Kintges Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.	 Anneliese Isidler Ich möchte meinen Mann nicht verlieren.

Deshalb entschieden wir uns für Johannes Rau und Helmut Schmidt.

Was diesen Frauen Sorgen macht.

Beispiele:

Alfred Dregger, CDU-Vorsitzender in Hessen: „Notfalls müssen deutsche Soldaten Öl-Golf schützen. Wir Deutsche können uns nicht unter Berufung auf Hitler der Pflicht entziehen, einen Beitrag zur Abwehr der globalen Bedrohung zu leisten.“ (Alfred Dregger in Express, 25.1.1980)

Manfred Wörner, Verteidigungsexperte der CDU/CSU erklärte gegenüber unserer Zeitung, er könne sich vorstellen, daß die NATO zu dieser Eingreiftruppe wenigstens „ein symbolisches Truppenkontingent“ abstellt. (Süddeutsche Nachrichten, 12.1.1980)

Wilfried Hasselmann, CDU-Vorsitzender in Niedersachsen, forderte als Antwort auf die Intervention in Afghanistan eine verstärkte Nachrüstung der NATO und den Aufbau einer Interventions-Streitmacht zum Schutz der Ölfelder und der Rohstoff-Versorgungswege Westeuropas. (Die Welt, 26.1.1980)

Wir teilen die Sorgen der Frauen. Deshalb arbeiten wir weiter für Frieden und Verständigung. Sozialdemokraten

Zum Hintergrund: Damals hatte die sozialliberale Koalition im Bund gerade 11 Jahre mit der neuen Ost- und Entspannungspolitik versucht, den Ausgleich auch mit dem Osten, also auch mit der Sowjetunion und der DDR, zu erreichen und zu pflegen. Es gab durchaus Erfolge. Siehe auch die Serie alter interessanter Dokumente vom 23. Oktober: [Dokumente der Verständigung und der beginnenden neuen Konfrontation.](#)

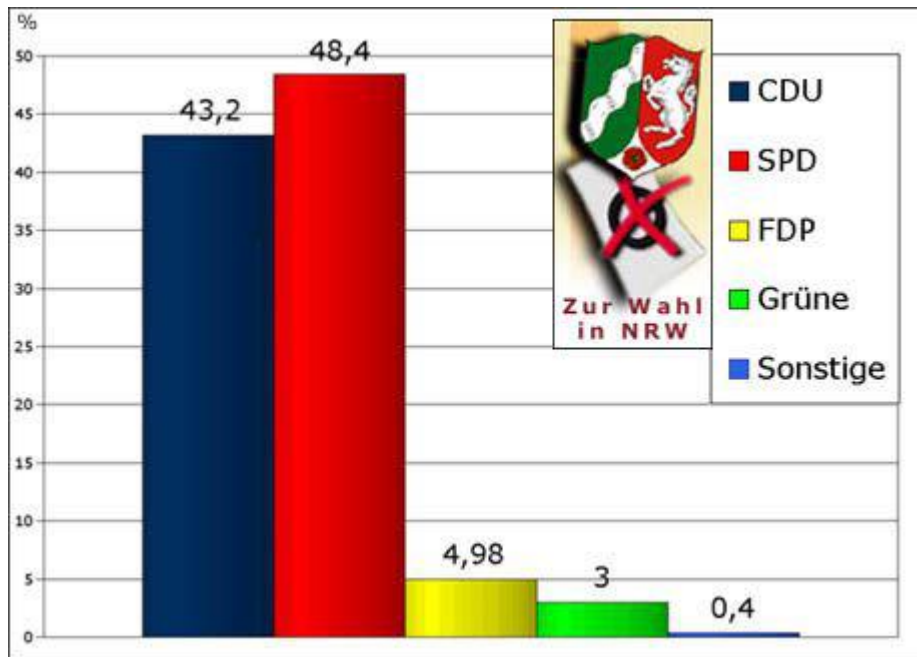
Aber es gab nach wie vor den Widerstand von Seiten der Union, insbesondere von der CSU,

gegen die Ostpolitik. Auch der Helmut Kohl des Jahres 1980 war nicht der Helmut Kohl des Jahres 1989. In dieser Situation kam im Dezember 1979 die Nachricht, die Sowjetunion habe in Afghanistan militärisch interveniert. Sofort meldete sich Franz Josef Strauß von der CSU: Das sei das Ende der Ostpolitik und das Ende des Dialogs mit dem Osten. Im Laufe des Frühjahrs 1980 äußerte auch der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher, immerhin Koalitionspartner des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD), Bedenken gegen die Fortsetzung der Ostpolitik - wohlgemerkt, der später als Entspannungspolitiker gefeierte Genscher wollte sogar die Koalition kündigen, wenn Schmidt nicht seinerseits auf Distanz zum Osten ginge.

Die Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes hat damals zur internen Absicherung des Standpunktes des Bundeskanzlers von Sinus Heidelberg eine sogenannte qualitative Studie machen lassen. Sie ergab, dass die Deutschen mehrheitlich an der Entspannungspolitik festhalten wollten und auch emotional mit der neuen Ostpolitik verbunden waren. Auf der Basis dieser Sozialforschungsergebnisse konnten wir Kanzler Helmut Schmidt davon überzeugen, dass die konsequente Fortsetzung der Ostpolitik mehrheitlich gestützt würde. Im März/Februar 1980 wurde in deutschen Medien über die Meinungsunterschiede in der sozialliberalen Koalition berichtet. Hans-Dietrich Genscher beschwerte sich bei Helmut Schmidt über die Sozialforschungstätigkeit der Planungsabteilung. Im April 1980 verhandelte Helmut Kohl mit Hans-Dietrich Genscher - sozusagen die Meldungen in den Medien bestätigend - über einen potentiellen Koalitionswechsel der FDP. Von dem Tête-à-Tête Genscher/Kohl hatte der „Stern“ berichtet. Dies wiederum erleichterte es den Planern des nordrhein-westfälischen Wahlkampfes der SPD, die Ost- und Entspannungspolitik und damit „Nie wieder Krieg“ zu einem zentralen Thema der Landtagswahl zu machen. Das war gewagt, aber es funktionierte. Das „Nie wieder Krieg“ mobilisierte viele Menschen. Sie wollten nicht zurück zum Kalten und schon gar nicht zum heißen Krieg.

Außer der hier abgebildeten Anzeige, die im „Stern“ erschienen war, gab es in allen in Nordrhein-Westfalen erscheinenden Tageszeitungen eine ähnliche Anzeige - eine Anzeige mit Variation, nach meiner Erinnerung in den Tageszeitungen mit 49 Frauen, Kriegerwitwen und auf andere Weise hart betroffenen Frauen, und begleitet vom persönlichen Bekenntnis dieser Frauen.

Am Montag nach der Wahl tagten wie üblich die Parteigremien, also auch das FDP-Präsidium, um über dieses Wahlergebnis und die Konsequenzen zu beraten. 4,98 Prozent und der Rauswurf aus dem Düsseldorfer Landtag - das war harte Kost:



Am Dienstag nach der Wahl, also am 13. Mai, meldete sich in der morgendlichen Lagebesprechung des Bundeskanzleramtes der Redenschreiber von Helmut Schmidt zu Wort. Er hieß [Rolf Breitenstein](#) und verkündete, die FDP habe „gestern Abend“, also am 12. Mai, im Präsidium beschlossen, „jetzt wieder für die Entspannungspolitik zu sein“. – Der Redenschreiber von Helmut Schmidt war FDP-Mitglied und durfte wegen seiner Funktion als Redenschreiber des Bundeskanzlers an den Sitzungen des FDP-Präsidiums teilnehmen. Er hatte eine Neigung zu Ironie und Zynismus. Im konkreten Fall passte das.

Wenn Sie diesen Vorgang und das Verhalten der FDP-Führung unter Hans-Dietrich Genscher mit dem vergleichen, was normalerweise über Genscher, den „Entspannungspolitiker“, erzählt wird, [so zum Beispiel hier](#), dann können Sie ganz gut nachvollziehen, dass man von der Geschichtsschreibung oft nichts halten kann. Sie folgt über weite Strecken mehr gemachten Images als der Wirklichkeit.